

Der große Run bleibt aus

Arbeitnehmerfreizügigkeit. Rund 12 Millionen Menschen aus den ost- und mitteleuropäischen EU-Ländern könnten es sich vorstellen, auszuwandern. Doch nach Deutschland wird es wohl nur gut 1 Million ziehen, wenn ab 1. Mai 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in der Bundesrepublik gilt. Welche Folgen die potenzielle Zuwanderung hat, untersucht eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).*

Höhere Bezahlung und bessere Jobchancen als daheim: Wer auswandert, hat oft wirtschaftliche Gründe. Doch so verlockend, wie die Aussichten in einem anderen Land auch immer sein mögen: Die meisten Länder beschränken die Zuwanderung durch strenge Gesetze.

In Deutschland etwa gelten sehr restriktive Regeln für Ausländer, die

eine Arbeit aufnehmen wollen – allerdings nicht für EU-Bürger. Diese genießen Freizügigkeit (Kasten Seite 2), bislang jedoch mit Ausnahmen: Für die 2004 in die EU eingetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn hatten einige EU-Länder Übergangsfristen festgelegt (Grafik).

In der Folge haben sich die Wanderungsströme verschoben: Deutschland und Österreich zum Beispiel waren bis 2004 für knapp drei Viertel der Polen, die ihre Heimat verließen, die beliebtesten Auswanderungsländer. Dann öffnete Großbritannien seinen Arbeitsmarkt – und die Insel avancierte zum wichtigsten Zuwandererziel:

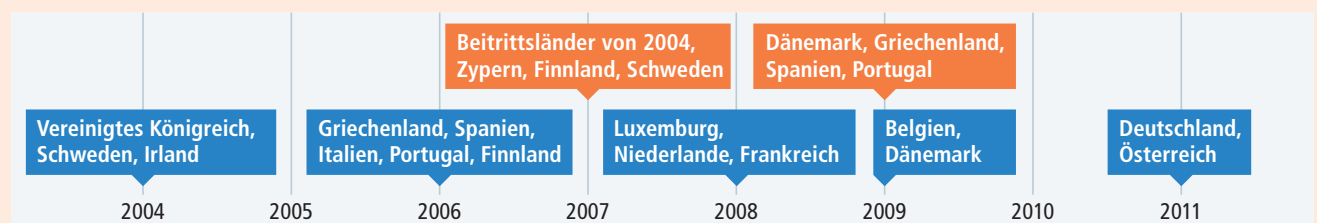
Im Jahr 2007 wanderten 87.000 Personen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern nach Großbritannien aus, aber nur 36.000 nach Deutschland. →

*) Vgl. Holger Schäfer: Migrations- und Arbeitsmarktwirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, in: IW-Trends 2/2011

Arbeitnehmerfreizügigkeit: Die meisten Hürden sind gefallen

In diesen Ländern dürfen Menschen aus ... ohne Beschränkung arbeiten

... **Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn** (EU-Beitritt 2004), ... **Bulgarien, Rumänien** (EU-Beitritt 2007)



Quelle: Europäische Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 17

In dieser Woche

Japan: Die Erdbeben haben Japans Stromversorgung hart getroffen. Es fehlen Alternativen, daher muss vor allem Energie gespart werden. Seite 3

Markenunternehmen: Verbraucher greifen gern auf bekannte Marken zurück. Deren Hersteller zeichnen sich besonders durch Innovationen aus. Seite 4-5

Zeitarbeit: Es gibt stichhaltige Gründe dagegen, Zeitarbeiter so zu bezahlen wie Stammkräfte. Seite 6

Weiterbildung: Mittelständische Betriebe setzen vor allem auf informelle Lernwege und die innerbetriebliche Weitergabe von Wissen. Seite 7

Glücksspiel: Die Bundesländer sollen laut Europäischem Gerichtshof ihre Glücksspielmärkte zumindest teilweise für private Anbieter öffnen. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Erst mit der Krise 2008 und 2009 ging die Zahl der Migranten, die den Ärmelkanal überquerten, wieder deutlich zurück. Geschadet hat der Zustrom aus dem Osten der britischen Wirtschaft nicht. Im Gegenteil: In den Boomjahren wuchs die Wirtschaft auch dank der Migranten, die Beschäftigtenzahlen stiegen, die Löhne sanken nicht wie befürchtet ins Bodenlose und auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit hielt sich in Grenzen.

Nun wird Deutschland seinen Arbeitsmarkt für die EU-Neulinge von 2004 öffnen. Wie viele Zuwanderer aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu erwarten sind, ist höchst umstritten. Eine Befragung von 27.000 EU-Bürgern Ende 2009 ergab, dass 23 Prozent der Osteuropäer beabsichtigen, in Zukunft im Ausland zu arbeiten. Dies entspricht einem Potenzial von über 12 Millionen Menschen im Erwerbsalter. Viele von ihnen wollen allerdings nicht sofort, sondern erst später auswandern. Die meisten planen auch keinen endgültigen Abschied von der Heimat, sondern nur

einen vorübergehenden Aufenthalt im Ausland. Und Deutschland ist nur eines der möglichen Ziele.

Aus diesen Befragungsergebnissen lässt sich ein Szenario für Deutschland errechnen (Grafik): Demzufolge dürften sich die meisten Mittel- und Osteuropäer – rund 800.000 – in diesem und im kommenden Jahr auf den Weg in die Bundesrepublik machen. Danach werden es relativ schnell weniger.

Insgesamt werden bis 2020 per Saldo 1,2 Millionen Zuwanderer Deutschland als zweite Heimat wählen – sofern tatsächlich alle Befragten ihre Migrationsabsichten in die Tat umsetzen.

Gut 1 Million Menschen klingt viel – doch es waren schon einmal mehr: So wanderten allein in den 1990er Jahren 3,3 Millionen Personen ein. Seither aber ist Deutschland als Zuwanderungsland unattraktiv geworden.

In den Jahren 2008 und 2009 verließen mehr Menschen die Bundesrepublik, als aus dem Ausland hinzukamen.

Für ein Land mit einer ohnehin schrumpfenden Bevölkerung kann dies problematisch sein, besonders, wenn es wieder aufwärts geht mit der Konjunktur. Denn gerade dann werden Arbeitskräfte gebraucht. Kurzfristig kann die Zuwanderung aus Osteuropa also helfen, die größten Personalengpässe zu lindern.

Langfristig wird die Öffnung der Grenzen für die Osteuropäer aber keine aktive Einwanderungspolitik ersetzen können, die Rücksicht nimmt auf die Demografie-Probleme Deutschlands und bürokratische Hürden für Fachkräfte abbaut – schließlich muss die Bundesrepublik mit guten Bedingungen aufwarten.

Freizügigkeit

Freizügigkeit ist das Recht, sich dort niederzulassen und zu arbeiten, wo man möchte. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist neben dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr eine der vier Grundfreiheiten der EU – vorausgesetzt, man kann selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen. Sozialleistungen erhalten EU-Ausländer erst nach fünf Jahren, wenn sie ein Daueraufenthaltsrecht haben. Für die 2004 beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen durften die alten EU-Mitglieder die Freizügigkeit für maximal sieben Jahre aussetzen.

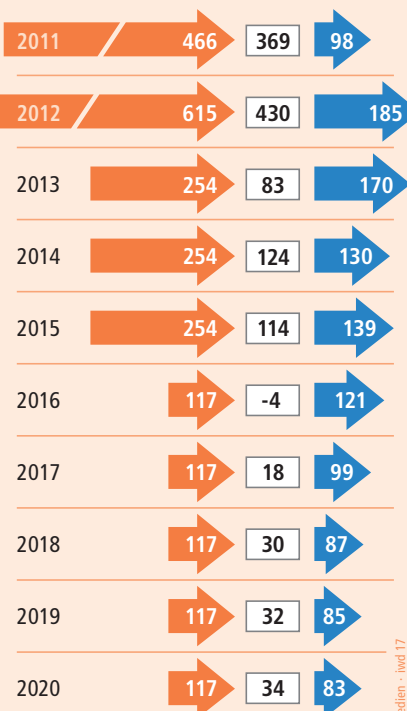
IW-Arbeitnehmervotum

Die meisten Arbeitnehmer kennen die Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht, wie eine aktuelle Befragung von 1.000 Beschäftigten durch die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult zeigt. Zudem sorgt das Thema für wenig Gesprächsstoff im Kollegenkreis. Nur 44 Prozent der Arbeitnehmer, denen die Regelung bekannt ist, haben sich mit ihren Kollegen auch darüber unterhalten. Insgesamt befürchten knapp 40 Prozent aller Befragten, dass sich die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den eigenen Arbeitsplatz negativ auswirken wird. Lediglich gut ein Fünftel glaubt, im Job gar nicht davon betroffen zu sein.

Zuwanderung: Langfristig nur in Maßen

Wanderungsströme von Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, in 1.000

■ Zuwanderung nach Deutschland
 ■ Abwanderung aus Deutschland
 □ Saldo



Nippon schaltet in den Energiesparmodus

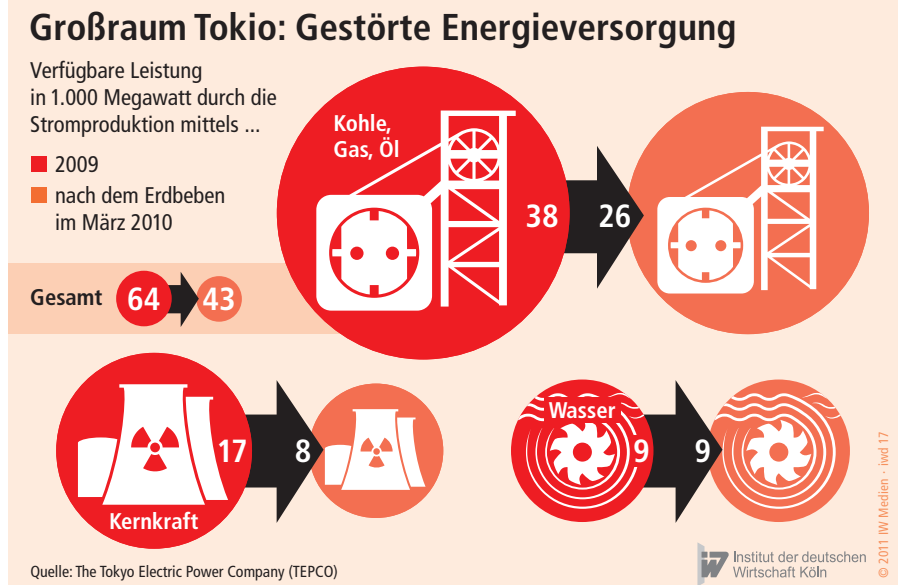
Japan. Die Erdbebenkatastrophe hat die Stromversorgung Japans hart getroffen. Da der Aufbau neuer Leitungen und Kraftwerke viel Zeit in Anspruch nehmen wird, bleibt den Japanern vorerst keine andere Wahl, als Energie einzusparen, wo sie können. Denn auch erneuerbare Energien helfen der Insel kaum.

Die schweren Erdbeben im März haben Tausende Menschen in Japan getötet, die langfristigen Auswirkungen auf den Inselstaat sind nicht absehbar – auch in puncto Stromversorgung. Gerade die energieintensive Wirtschaft wurde durch das Beben hart getroffen. Zwar haben die Medien vor allem über die havarierten Kernkraftwerke berichtet. Doch die Naturkatastrophe hat die Energieerzeugung einiger fossiler Kraftwerke sogar noch deutlich stärker eingeschränkt – vor allem im Großraum Tokio (Grafik):

Der Stromversorger TEPCO musste zeitweilig auf über 30 Prozent seiner gesamten Erzeugungskapazität verzichten. Rund 21.000 Megawatt – die Leistung von 20 bis 30 mittelgroßen Kohlekraftwerken – fielen aus.

Kämen Deutschlands Stromkonzerne in eine ähnliche Situation, könnten sie relativ einfach Strom aus Nachbarstaaten importieren. Zwischen Japan und dem asiatischen Festland gibt es hingegen keine Kabel, durch die Strom fließen könnte.

Dabei ist die japanische Wirtschaft momentan dringend auf zusätzliche Energiequellen angewiesen: Viele Betriebe fahren ihre Produktion wieder hoch, nachdem sie die Aufräumarbeiten abgeschlossen ha-



ben. Im Sommer werden Klimaanlagen in Häusern, Geschäften und Büros für eine weiter steigende Stromnachfrage sorgen. Die Regierung setzt deshalb alles daran, die Versorgung sicherzustellen:

Stromnachfrage. Die Politik drosselt die Produktion der Industrie künstlich, beispielsweise indem sie die Sommerferien verlängert. Außerdem rationiert sie den Strom für die Bevölkerung unter anderem durch angekündigte Blackouts. Die Energieeffizienz steht in Japan indes schon länger auf der Tagesordnung – bereits die Konjunkturpakete von 2009 förderten die Anschaffung von sparsamen Klimaanlagen, Kühlschränken und Fernsehgeräten.

Stromangebot. Staat und Wirtschaft arbeiten mit Hochdruck daran, die beschädigten Kohle-, Gas- und Öl-Kraftwerke zu reparieren. Zudem werden neue Kraftwerke für fossile Energieträger gebaut – was jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Auch die erneuerbaren Energien können kaum hel-

fen, den aktuellen Engpass zu beheben:

Japan besitzt zwar die viertgrößte Photovoltaikkapazität der Welt, und die neu installierte Leistung hat sich 2009 und 2010 jeweils verdoppelt; dennoch trägt sie noch nicht einmal 1 Prozent zur Stromversorgung bei.

Die Windenergie liefert ebenfalls nur wenig Strom. Zudem befinden sich gute Standorte für Windkraftanlagen lediglich im Norden und Süden des Landes – Stromleitungen mit ausreichender Kapazität bis in den Großraum Tokio fehlen. Immerhin ist geplant, die bestehenden Leitungen zu verstärken, was aber dauern wird.

Lediglich die Wasserkraft erzeugt in relevantem Umfang Strom – der Anteil dieses Energieträgers an der gesamten Produktion liegt bei etwa 7 Prozent. Allerdings laufen entsprechende Speicherkraftwerke in der Regel nur im Mittel- und Spitzenlastbetrieb, nicht dauerhaft. Ein kurzfristiger Ausbau der Kapazitäten ist zudem nicht möglich.

Alte Bekannte

Markenunternehmen. Ob Cremes, Waschmaschinen oder Autos – viele Verbraucher greifen gerne auf bekannte Marken zurück. Was die Firmen tun, damit das so bleibt, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH in einer Studie ermittelt.

Volkswagen, Miele, Audi: Laut Markenranking der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) sind dies derzeit die drei besten Unternehmensmarken in Deutschland. Dass der Volkswagen-Konzern auf Platz eins landete, hat viele Gründe: Die Marktforscher beurteilten sowohl die neuen Autos, die Werbung als auch den Unternehmenserfolg als

überdurchschnittlich; zudem hat die Übernahmeschlacht zwischen VW und Porsche, bei der der Wolfsburger Konzern als Sieger hervorging, das VW-Image zuletzt weiter aufpoliert.

Generell sind Markenunternehmen ein wichtiges Rückgrat der deutschen Wirtschaft:

Im Jahr 2007 – aktuellere Zahlen gibt es erst im Herbst 2011 – setzte

die deutsche Markenartikelindustrie 400 Milliarden Euro um.

Tatsächlich dürfte der Gesamtumsatz der Unternehmen, die auf den Namen setzen, noch deutlich höher sein, denn bei der 2007er-Erhebung wurden keine Anbieter aus dem Dienstleistungssektor (z.B. Telekom) und dem Handel berücksichtigt.

Doch wie unterscheiden sich Markenunternehmen von Nicht-Markenunternehmen? Und wie sehen sich die Hersteller von Markenprodukten selbst? Diesen Fragen ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH nachgegangen und hat im vergangenen Jahr 330 Markenunternehmen und 561 Nicht-Markenunternehmen in Deutschland unter die Lupe genommen.

Als Markenunternehmen wurden dabei Betriebe eingestuft, die Waren oder Dienstleistungen unter deutlicher Hervorhebung des Produkt- oder Firmennamens vertreiben und die deutschlandweit oder mindestens im relevanten Markt – z.B. in der Region – weitgehend bekannt sind.

Tatsächlich gibt es zwischen Firmen wie VW und den No-Names große Unterschiede. Besonders auffällig sind die Diskrepanzen beim Selbstverständnis (Grafik):

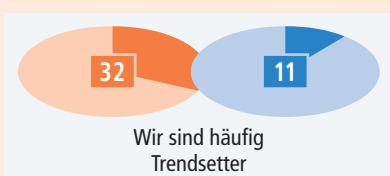
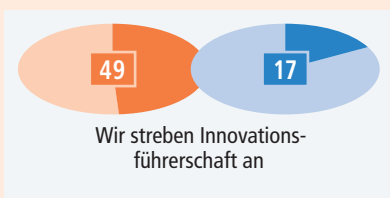
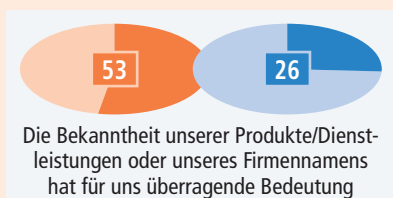
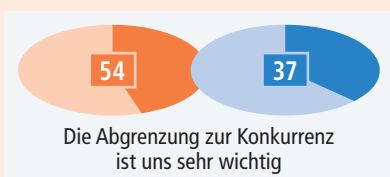
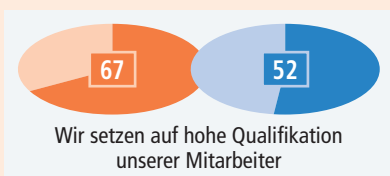
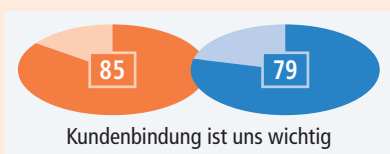
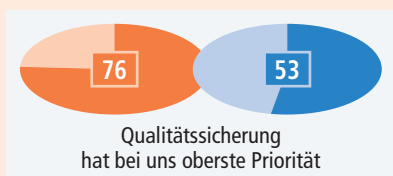
Viele Werte und Ziele sind den Markenunternehmen deutlich wichtiger als den Nicht-Markenunternehmen – etwa die Qualitätssicherung, die Tradition, die Mitarbeiterqualifikation und die Innovationsführerschaft.

Doch nicht nur das. Die Markenartikler setzen die hohen Ansprüche an sich selbst auch in der Praxis um. So haben drei Viertel dieser Firmen

Markenunternehmen: Das Image zählt

So viel Prozent der Unternehmen stimmen diesen Aussagen zu

- Markenunternehmen
- Nicht-Markenunternehmen



Befragung von 891 Unternehmen im Frühjahr 2010; Markenunternehmen: Unternehmen, deren Produkte oder Firmenname bundesweit bekannt sind; Quelle: IW Consult

sowohl merklich verbesserte Produkte eingeführt oder zumindest derartige Zukunftspläne (Grafik). Bei den Nicht-Markenunternehmen tat und beabsichtigt dies nur etwa die Hälfte der Betriebe.

Die Innovationsführerschaft verteidigen viele Markenunternehmen auch durch entsprechende Aktivitäten:

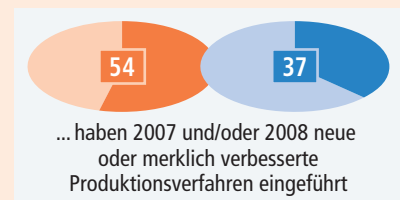
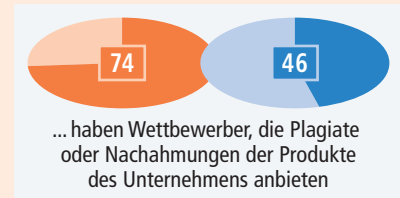
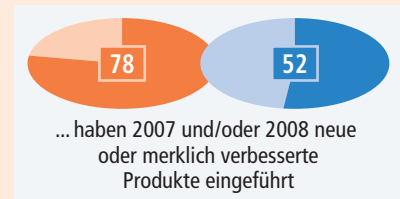
Während Forschung und Entwicklung für drei von fünf der Markenunternehmen selbstverständlich sind, gehört die Suche nach neuen Produkten und Dienstleistungen nur bei einem Fünftel der Nicht-Markenunternehmen zum festen Bestandteil des betrieblichen Alltags.

Das schlägt sich auch im internationalen Geschäft nieder: Die Produkte und Dienstleistungen der Markenunternehmen werden vergleichsweise stark im Ausland nachgefragt – die Exporte tragen durchschnittlich 27 Prozent zum Gesamtumsatz bei, bei den Nicht-Markenunternehmen machen die Ausfuhren lediglich 15 Prozent des Umsatzes aus.

Markenunternehmen: Besonders innovativ

So viel Prozent der Unternehmen ...

■ Markenunternehmen
■ Nicht-Markenunternehmen



Befragung von 891 Unternehmen im Frühjahr 2010; Markenunternehmen: Unternehmen, deren Produkte oder Firmenname bundesweit bekannt sind; Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 17

Damit das Produkt eines Markenanbieters bekannt wird und bleibt, geben die Unternehmen relativ viel Geld für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit aus: Markenunternehmen investieren jährlich 4,4 Prozent des Jahresumsatzes in Werbung, bei den anderen Unternehmen sind es nur 2 Prozent.

Die Nase vorn haben die Markenartikelhersteller auch bei „weichen Themen“ – sie sind grundsätzlich öfter und stärker in sozialer, gesellschaftlicher und ökologischer Hinsicht engagiert. Auf mindestens einem dieser Felder agieren 62 Prozent der Markenhersteller, bei den Nicht-Markenherstellern beträgt der Anteil 54 Prozent.

++ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin +++ Termin +++

Forschungspreise für Post-Erhardianer

Das Erbe Ludwig Erhards hat nicht nur Risse bekommen, es bröckelt geradezu: Nicht mal mehr jeder zweite Bundesbürger war Ende 2010 der Auffassung, dass sich die soziale Marktwirtschaft bewährt hat.

Angesichts der raschen Erholung Deutschlands von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise überrascht diese Einstellung. Und auch weltweit wird die Bundesrepublik um die erfolgreiche, auf Wettbewerb und sozialen Ausgleich setzende Wirtschaftsordnung beneidet.

Doch Erfolg im internationalen Wettbewerb allein genügt nicht, eine Wirtschaftsordnung muss sich auch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit bewähren. Nur wenn die Menschen sehen und verstehen, wie die soziale Marktwirtschaft konkret funktioniert, werden sie diese auch akzeptieren.

Neue, hinreichend praxisnahe Forschungsergebnisse können einen solchen Prozess unterstützen. Um dieses Unterfangen zu fördern, hat

die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. den „Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft“ ins Leben gerufen. Er wendet sich an junge Wissenschaftler, die in ihren Arbeiten neue Antworten auf ordnungspolitische Fragestellungen geben. Ganz bewusst sollen mit diesem Preis nicht formale, mathematische Forschungsergebnisse prämiert werden, sondern interdisziplinäre, politökonomische und institutionelle Arbeiten.

Wissenschaftler, die jünger als 40 Jahre alt sind und sich in ihrer Dissertation oder Habilitation mit der Weiterentwicklung des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft befasst haben, können sich noch bis zum 31. Mai 2011 um den Preis bewerben. Er wird in drei Kategorien vergeben und ist mit 20.000 Euro, 10.000 Euro und 5.000 Euro dotiert.

Weitere Informationen gibt es unter:
www.vbw-bayern.de/Forschungspreis

Gute Gründe gegen Equal Pay

Zeitarbeit. Die Gewerkschaften fordern zum 1. Mai erneut, dass Zeitarbeitnehmer schon ab dem ersten Tag ihres Einsatzes bezahlt werden sollen wie die Stammkräfte im Entleihbetrieb. Es gibt jedoch stichhaltige Gründe gegen ein solches Equal-Pay-Prinzip.

Eigentlich existiert der Grundsatz des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“ schon seit Anfang 2003. Damals hatte die Bundesregierung beschlossen, dass ein Zeitarbeitsunternehmen seinem Arbeitnehmer für die Zeit der Überlassung die gleichen Arbeits- und Entgeltbedingungen garantieren muss, wie sie im Entleihbetrieb üblich sind. Das schließt die Zahl der Urlaubstage ebenso ein wie den Umfang der Arbeitszeit und die Höhe des Lohns.

Das Gesetz erlaubt allerdings drei Ausnahmen von der Regel:

1. In den ersten sechs Wochen der Überlassung dürfen zuvor arbeitslo-

se Arbeitnehmer geringer entlohnt werden als die Stammbeschaft.

2. Wenn der Zeitarbeitnehmer nicht überlassen werden kann, darf die Zeitarbeitsfirma ihm weniger zahlen.

3. Wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Zeitarbeitsbranche eigene Tarifverträge abschließen (Tarifvorbehalt), gilt der Equal-Pay-Grundsatz nicht.

Diese Möglichkeit wurde von zahlreichen Zeitarbeitsunternehmen genutzt. Im Ergebnis haben sich die Löhne in der Zeitarbeitsbranche angeglichen. Im Vergleich zu der Bezahlung in den Entleihbranchen bestehen aber immer noch große Unterschiede.

Der DGB-Zeitarbeitstarifvertrag sieht etwa beim untersten Tarifentgelt momentan im Westen für eine 35-Stunden-Woche einen Monatslohn von 1.153 Euro vor (Kasten). Das ist deutlich weniger als der Einstiegslohn in der Metall- und Elek-

Mindestlöhne in der Zeitarbeit

Die derzeitigen Tarifverträge sehen in Westdeutschland einen Stundenlohn von 7,60 Euro für einfache Arbeiten vor. Ab dem 1. Mai gelten jedoch auch in der Zeitarbeit verbindliche Mindestlöhne. Dann müssen die Entgelte auf 7,97 Euro je Stunde angehoben werden. Bis Ende 2012 soll der Stundenlohn auf 8,19 Euro steigen, sodass sich das Monatslöhne dann bei einer 35-Stunden-Woche auf 1.242 Euro beläuft. In Ostdeutschland wird der Stundenlohn bis Ende 2011 stufenweise von 6,65 Euro auf 7,50 Euro angehoben.

tro-Industrie, der bei rund 1.900 Euro liegt, aber relativ nah an den Einstiegsentgelten des Einzelhandels (rund 1.280 Euro).

Die Gewerkschaften möchten erreichen, dass Zeitarbeitnehmer in jeder Branche genauso viel verdienen wie die jeweiligen Festangestellten.

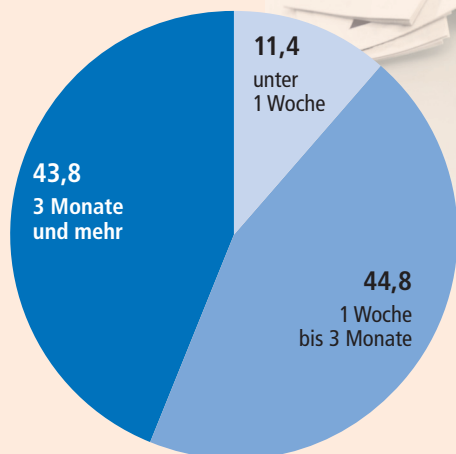
Eine solche Forderung geht jedoch an den betrieblichen Realitäten vorbei, denn Zeitarbeitskräfte sind weniger produktiv als Stammpersonal:

Klassische Aushilftätigkeit. Die Mehrheit der Zeitarbeitnehmer ist in der Regel nicht länger als drei Monate im Verleihbetrieb tätig (Grafik). Entsprechend kurz sind die Zeiten, die sie in der Firma verbringen, die sie ausleiht. Die Zeitarbeiter besitzen deswegen längst nicht so viel betriebspezifisches Know-how wie Stammkräfte, sie müssen vielfach erst eingearbeitet werden und es fehlt an Routine.

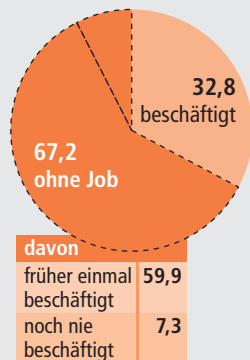
Wieder- oder Neueinsteiger. Zwei Drittel der Zeitkräfte waren zuvor ohne Job. Sie müssen sich also oft erst wieder an den Arbeitsalltag gewöhnen oder sogar Grundlagenwissen neu erwerben.

Zeitarbeit: Meist nur von kurzer Dauer

So viel Prozent der ausgeschiedenen Zeitarbeiter waren so lange bei ihrem letzten Verleihbetrieb beschäftigt ...



So viel Prozent der neu eingestellten Zeitarbeiter waren vor ihrer Anstellung ...



Stand: 1. Halbjahr 2010
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 17

Viele Mitarbeiter büffeln selbstständig

Weiterbildung. Mittelständische Firmen können nicht so viel Aufwand bei der beruflichen Förderung ihrer Mitarbeiter betreiben wie große Unternehmen. Dennoch engagieren sich die kleinen und mittleren Betriebe durchaus in der Personalentwicklung. Sie setzen vor allem auf informelle Lernwege und die Weitergabe von Wissen innerhalb der Belegschaft.

Vor kurzem hat die EU-Kommission erneut festgestellt, dass die Mitgliedsstaaten mehr tun müssen, um die bis 2020 gesteckten Bildungsziele der Gemeinschaft zu erreichen. Beispielsweise folgen die erwachsenen Europäer dem Gebot des lebenslangen Lernens längst nicht so häufig, wie es nötig wäre – allein schon, um langfristig den Anforderungen des Arbeitsmarkts gewachsen zu sein.

Nun wird oft eingewendet, gerade die kleinen und mittleren Firmen würden sich nur wenig um die erforderliche Weiterbildung ihrer Beschäftigten kümmern. Doch ein solch pauschaler Vorwurf ist nicht gerechtfertigt, wie eine Befragung im Rahmen des Personal-Panels des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt (Grafik).

Zwar prüft nur jedes fünfte Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten systematisch, welche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten die Mitarbeiter bereits haben oder aber noch benötigen – während jede zweite große Firma regelmäßig eine solche Potenzialanalyse durchführt.

Weniger aufwendige Instrumente kommen aber auch in vielen kleineren Betrieben zum Einsatz:

Personalentwicklung: Auch der Mittelstand ist engagiert

So viel Prozent der Unternehmen mit dieser Beschäftigtenzahl ...

	1 bis 49	50 bis 249	250 und mehr
... schätzen, dass Personalentwicklung wegen des Fachkräftemangels immer wichtiger wird	54	70	79
... setzen ihre Mitarbeiter in verschiedenen Abteilungen ein (Jobrotation)	51	45	41
... lassen ihre Mitarbeiter nach einem Seminarbesuch die Kollegen schulen (Weiterbildungskaskade)	51	49	54
... praktizieren selbstverantwortliches Lernen (Internet, Fachliteratur, E-Lernen)	50	50	54
... haben ein Mitarbeiter-schulen-Mitarbeiter-Konzept (Weiterbildungsbörse)	36	47	53
... nutzen und entwickeln alle Mitarbeiterpotenziale regelmäßig weiter	30	37	47
... führen regelmäßig eine Potenzialanalyse durch	21	33	51
... reduzieren Weiterbildungsaktivitäten bei schlechter Auftragslage	9	18	27

Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen im Juli und August 2010
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW-Medien - Iud 17

Rund die Hälfte der Mittelständler setzt ihre Beschäftigten im Laufe ihres Berufslebens in verschiedenen Abteilungen ein. Ebenso viele Firmen geben den Mitarbeitern die Möglichkeit zur selbstständigen Fortbildung, zum Beispiel über das Internet.

Zudem sorgen viele der befragten Unternehmen dafür, dass die Arbeitnehmer, die beispielsweise in einem Seminar neues Wissen erworben haben, dieses an die Kollegen weitergeben.

Gerade informelleres Lernen im Rahmen des Arbeitsprozesses kommt auch älteren Beschäftigten zugute, die sich sonst eher selten und ungern in klassischen Schulungen fortbilden. Denn dass die Mitarbeiter mit zunehmendem Alter lieber eigenständig lernen als in

Seminaren zu sitzen, zeigt die jüngste europäische Erhebung über die Erwachsenenbildung, in deren Rahmen auch 7.000 Erwerbspersonen in Deutschland befragt wurden. Die Hälfte der 25- bis 44-Jährigen gab dabei etwa an, im Jahr 2007 an Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen zu haben; rund 54 Prozent waren Selbstlerner.

Von den über 55-Jährigen besuchten nur noch 26 Prozent Seminare oder ähnliche Bildungsveranstaltungen, aber immerhin 45 Prozent bildeten sich auf eigene Faust per Fachlektüre oder E-Learning weiter.

Um das lebenslange Lernen ihrer Belegschaft zu fördern, tun die kleinen und mittleren Betriebe also gut daran, gerade die informellen Weiterbildungsangebote auszubauen.

13,7

Prozent aller Eheschließungen 2009 in Deutschland waren binational. Insgesamt gab es über 51.000 grenzüberschreitende Bündnisse fürs Leben. Dabei schlossen mehr als 25.000 deutsche Männer mit einer ausländischen Partnerin den Bund der Ehe. Am häufigsten schoss Amor dabei seinen Pfeil über die Oder – insgesamt 3.399 deutsche Männer gaben einer Polin das Ja-Wort. Am zweithäufigsten waren Verbindungen zwischen deutschen Männern und thailändischen Frauen – hier gab es 1.290 Eheschließungen. Umgekehrt heirateten 2009 knapp 19.000 deutsche Frauen einen Mann aus dem Ausland. Von diesen Bundesbürgerinnen traten die meisten – 4.146 – mit einem Türken vor den Standesbeamten; 1.901 mit einem Italiener. Weitere 791 deutsche Frauen ehelichten einen Mann aus Großbritannien und Nordirland. Deutsche Männer gingen dagegen selten den Bund des Lebens mit einer Britin ein: Lediglich 263 Hochzeiten fanden zwischen einem Deutschen und einer Britin statt.

Adressaufkleber

Staat soll weniger spielen

Glücksspiel: Mehr Chancen im Web

So viel Prozent der Spieleinsätze wurden im Jahr 2009 als Gewinne ausgeschüttet



Glücksspiel. Der Europäische Gerichtshof hat die Bundesländer aufgefordert, die Glücksspielmärkte zumindest teilweise für private Anbieter zu öffnen.

Die Richter verwarfen das Argument, das weitgehende Glücksspielmonopol des Staates diene dem Schutz vor der Spielsucht. Immerhin werben die staatlichen Glücksspielanbieter mit den Aussichten auf hohe Gewinne. Diese hat jedoch bislang vor allem der Staat selbst gemacht; die Spieler sehen von ihrem Einsatz eher wenig (Grafik):

Die Fernsehlotterien schütten nur 30 Prozent der Einsätze als Gewinne aus, die Glücksspirale 39 Prozent.

Üppigere Chancen bietet vor allem das Web – Onlinekasinos lassen von jedem eingesetzten Euro 97 Cent an die Spieler zurückfließen, Onlinewetten 92 Cent.

Die Bundesländer tun sich auch deshalb schwer, den Glücksspielmarkt zu öffnen, weil sie aus den Spieleinnahmen einiges abseits der normalen Haushalte finanzieren – sie fördern den Sport, den Erhalt alter Kirchen oder soziale Projekte.

Nun müssen sie den Glücksspielmarkt etwa bei Sportwetten lockern. Der geplante neue Staatsvertrag will das Lotteriemonopol aber erhalten. Kritiker monieren genau dies sowie die geringe Zahl der an private Anbieter zu vergebenden Konzessionen und deren zeitliche Befristung auf fünf Jahre. Auch seien die vorgesehenen Abgaben an den Staat (16,66 Prozent der Spieleinsätze) im internationalen Vergleich zu hoch.

Als einziges Land will Schleswig-Holstein weiter liberalisieren und im Sommer einen eigenen Entwurf für einen Staatsvertrag vorlegen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.